

Botschafter Wenaweser: «Sicherheit erhält auch bei uns einen neuen Stellenwert»

Die UNO kämpft mit verschiedenen Herausforderungen. Bei Konflikten spiele sie aktuell nicht die Rolle, die erwartet wird, so Wenaweser.

Sina Thöny

«Die Vereinten Nationen sind das Zentrum des Multilateralismus», so Christian Wenaweser, Liechtensteins Ständiger Vertreter bei der UNO. Doch dieser Multilateralismus steht aktuell von allen Seiten unter Bedrängnis: Der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine brachte den Krieg zurück nach Europa, die Beziehung zwischen den USA und Europa bröckelt, Konflikte wie in Gaza oder im Sudan halten die Welt in Atem. Jetzt, wo die Kernaufgabe der UNO, die Friedenswahrung, an Bedeutung gewinnt, schwächt die Institution durch interne Krisen und alte Strukturen, welche ihre Handlungsfähigkeit beschränken. Wie es um die UNO steht und welche Bedeutung diese Zeitenwende für Liechtenstein hat, erörterte Christian Wenaweser im zweiten Teil der Vortragsreihe «Zeitenwende» am Liechtenstein-Institut.

Russland-Veto blockiert Zwangsmassnahmen

Zwar ist der Begriff der «Zeitenwende» nicht neu, doch seit der Rede von Olaf Scholz zu Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine im Februar 2022 hat er Hochkonjunktur. Auch für Botschafter Wenaweser markiert der Ukrainekrieg den Beginn der Zeitenwende: «Das Verhältnis zu Russland ist zerrüttet.» Doch gegen genau solche Verletzungen des Frie-



Die US-Regierung unter Trump sowie der Ukraine-Krieg markieren für Botschafter Wenaweser eine Zeitenwende für Europa.

Bild: Nils Vollmar

dens soll die UNO mit kollektiven Zwangsmassnahmen vorgehen. Doch hier offenbarte der Ukrainekrieg eine Schwäche des Systems. Für die Wahrung des Völkerrechts sowie des Friedens ist die UNO zuständig: «Sie spielt in Konflikten aktuell nicht die Rolle, die von ihr erwartet wird», sagte Wenaweser. Ein Problem bildet dabei die Veto-Regelung im Sicherheitsrat: Die ständigen Mitgliedsstaaten China, Frankreich, Russland, die USA und

das Vereinigte Königreich können gegen Entscheide ein Veto erheben. «Kollektive Zwangsmassnahmen lassen sich nicht umsetzen, solange der betroffene Staat das Veto hat», erklärte Wenaweser hinsichtlich des Einsitzes Russlands im Sicherheitsrat der UNO.

Dass dies zu Problemen führt, habe Liechtenstein erkannt und einen Lösungsansatz umgesetzt: «Wenn das Veto genutzt wird, tritt nun automatisch die Generalversammlung

zusammen», erklärte Wenaweser. Der Ukrainekrieg sowie die veränderte Sicherheitssituation in Europa treffen auch Liechtenstein: «Die Zeit Europas ohne Krieg ist vorbei. Die Sicherheit erhält auch bei uns einen neuen Stellenwert», so Wenaweser. Viele europäische Staaten haben bereits reagiert und investieren grosse Summen in ihr Militär: «Dabei handelt es sich um Gelder, die an anderen Stellen nicht mehr vorhanden sein werden», so We-

naweser. Dies könnten vor allem internationale Hilfsprojekte, aber auch inländische Investitionen zu spüren bekommen. Doch die Sicherheit dürfe nicht nur militärisch verstanden werden, sondern solle auch Cyberbedrohungen, Desinformation, Pandemien sowie neue Technologien miteinbeziehen, betont der Botschafter.

UNO könnte in einem Jahr zahlungsunfähig sein

Das Gesamtbild, welches sich aus dem Ukrainekrieg als auch aus Tendenzen in anderen Staaten ergibt, ist für Wenaweser deutlich: «Was wir heute sehen, ist ein Angriff auf das Völkerrecht, wie es ihn seit der Gründung der UNO nicht gegeben hat.» Die Philosophie des Transaktionismus, wo einer als Gewinner und einer als Verlierer aus einem Deal hervorgeht, gewinne an Überhand. «Das geht auf die Kosten der kleinen Staaten», so Wenaweser. Denn wie Liechtenstein profitieren gerade sie von einem funktionierenden Völkerrecht, welches ihre Souveränität garantiert.

Doch auf die UNO kommen gemäss dem Botschafter noch weitere Herausforderungen zu: «Die UNO könnte in einem Jahr zahlungsunfähig werden.» Dies hängen vor allem mit der zweiten Zeitenwende zusammen: die US-Regierung unter Trump. Die Rede des Vizepräsidenten der USA, JD Vance, auf der Münchner Sicherheitskon-

ferenz habe das Verhältnis zwischen Europa und den USA neu definiert. Auch die UNO bekommt den Regierungswechsel in den USA zu spüren: Alle Beiträge, welche nicht dem Motto «America First» unterstehen, werden gestrichen. Dies hinterlässt ein grosses Loch in den Kassen der Institution und offenbart die finanzielle Abhängigkeiten von den Vereinigten Staaten. Rückläufige Zahlungen aus anderen Staaten zwingen die UNO, Massnahmen zu ergreifen, um ihre Zahlungsfähigkeit zu behalten.

«Die UNO hat seit ihrer Gründung immer neue zusätzliche Mandate geschaffen, aber keine abgebaut», schildert der Ständige Vertreter das Problem. Deshalb sei es notwendig, die Strukturen und die Mandate auf ihre Sinnhaftigkeit zu untersuchen. Aus seiner Sicht gelte es sich auf drei Pfeiler zu konzentrieren: Sicherheit, Menschenrechte und Entwicklung. Insbesondere ihre Aufgabe als Friedenswahrerin soll die UNO wieder effizient wahrnehmen können. Liechtensteins Rolle sieht der Botschafter vor allem darin, Ideen zu generieren, obwohl aus seiner Sicht Liechtenstein auch mehr Geld ausgeben könnte: «Aber das ist Sache der Regierung und des Landtages.» Jedenfalls stehe fest: «Die UNO braucht aktive Unterstützung, um die aktuellen Herausforderungen zu überwinden», schliesst Wenaweser.